

Bremerhaven, 21.11.2024

<b>Antrag - Nr. StVV - AT 16/2024 (§ 36 GOSTVV)</b>		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### **Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Ärzt:innen verbessern (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN + P)**

Laut Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen im Gesundheitsausschuss am 28.03.2023 wird der bisherige Rückbau an Studienplätzen zukünftig zu einem erheblichen Mangel an Ärzt:innen führen. In der benannten Ausschusssitzung wurde eine Projektion für die Bundesebene, bezogen auf das Jahr 2035, vorgestellt und ausgeführt, dass unter Berücksichtigung der Zuwanderung von Mediziner:innen ein Absinken des Versorgungsgrades auf 71% des heutigen Niveaus erwartet werden kann. Für das Bundesland Bremen wurde ein im Vergleich zur Bundesebene noch größerer Einbruch bei der Versorgung mit Mediziner:innen prognostiziert.

In der weiteren Berichterstattung zu der Thematik hat die Kassenärztliche Vereinigung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich das absehbare Defizit nur durch Zuwanderung von Ärzt:innen kompensieren lässt.

Aufgrund dieser Entwicklung ist es notwendig, möglichst viele Ärzt:innen und andere Angehörige von akademischen Heilberufen mit Wohnsitz in Bremerhaven für eine Ausübung ihres Berufes in Bremerhaven zu gewinnen. Dies gilt auch für diejenigen, die hierher geflüchtet sind. Wir sehen es daher als wichtig an, eine Art „Willkommenssystem“ zu schaffen, das letzteren möglichst frühzeitig nach ihrer Ankunft in unserer Stadt Unterstützungsangebote macht. Hierzu zählen sowohl die Feststellung besonderer beruflicher Qualifikationen im medizinischen Bereich als auch die Vermittlung von fachspezifischen Sprachkursen sowie weiteren zum Beispiel für die Approbation notwendigen Fortbildungen.

Aus diesen Gründen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. dafür Sorge zu tragen, dass die berufliche Qualifikation geflüchteter Ärzt:innen sowie weiterer Angehöriger von akademischen Heilberufen im SGB-II-Bezug statistisch vom Jobcenter erfasst und dabei die fachlichen Ausrichtungen dokumentiert werden. Hierzu ist im Gesundheitsausschuss regelmäßig Bericht zu erstatten.
2. zu prüfen, ob eine angemessene Verteilung geflüchteter Ärzt:innen sowie weiterer Angehöriger von akademischen Heilberufen auf die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sichergestellt werden kann. Gespräche über einen Verteilungsmodus sind mit der Landesebene aufzunehmen. Über die Ergebnisse ist dem Gesundheitsausschuss bis Ende Juni 2025 Bericht zu erstatten.
3. zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, geflüchteten Ärzt:innen und weiteren Angehörigen von akademischen Heilberufen, unabhängig vom Sprachniveau, Sprachkurse bei einem in Bremerhaven ansässigen Träger zu vermitteln, der auch Berufssprachkurse für akademische Heilberufe anbietet.

Petra Coordes, Carsten Baumann-Duderstadt  
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P